



# » ortsgespräch «

**SPD-Heek-Nienborg \* Informationen \* Tatsachen \* Meinungen**

**Juni 2008**

## Worte und Taten sollten im Einklang stehen!

Es ist erst einige Jahre her, da begann der Vorsitzende der CDU Fraktion die Haushaltsrede mit den Worten „Wir müssen sparen, sparen, sparen ...“! Dem aufmerksamen Beobachter der Finanzsituation in unserer Gemeinde hat dies eingeleuchtet, denn wir geben im Rat der Gemeinde Heek das Geld der Bürgerinnen und Bürger aus.



Warum heute vieles anders ist, sorgt für Unverständnis. Auch wenn die Steuerquellen etwas besser sprudeln, gilt für die SPD Fraktion noch immer ein sparsamer Umgang mit den Mitteln der Gemeinde als oberstes Ziel. Nicht so in der CDU Fraktion und beim Bürgermeister!

Hier einige Beispiele:

- Die Kosten für teures Klinkermaterial zur Erneuerung des Bürgersteiges in der Bahnhof- und Ludgeristrasse wird zusätzliche € 200.000 bis € 300.000 betragen. Wäre ein Betonsteinpflaster hier nicht ausreichend gewesen?
- Der Kreisverkehr am Gabelpunkt wird auf Antrag der CDU Fraktion neu gestaltet. Der Aufwand wird zwischen € 25.000 und € 35.000 kosten. Zusätzlich ist mit erheblichen jährlichen Pflegekosten zu rechnen. Ist das so notwendig?
- Durch das Überschreiten der 8.000 Einwohnergrenze muss der Rat größer werden. Der Gesetzgeber gibt den Gemeinden die Möglichkeit, die max. Anzahl der Ratsmitglieder von 32 um bis zu 6 Ratsvertreter zu unterschrei-

ten. Diesen Spielraum für Einsparungen nutzt die CDU unzureichend. Der neue Rat wird 28 Vertreter haben, statt wie von der SPD Fraktion beantragt nur 26 Mitglieder. Bei maximaler Ausschöpfung des Sparvolumens könnten in der nächsten Wahlperiode nach Rechnung der Verwaltung zusätzlich € 25.000 gespart werden. Geld, das für viele andere Dinge sinnvoller eingesetzt werden könnte!

Die aufgeführten Beispiele zeigen uns, dass die Gemeinde Heek besser dastehen könnte, wenn den Worten bei Haushaltsreden auch Taten folgen würden! Vielleicht erinnern sich die Bürgerinnen und Bürger bei den nächsten Kommunalwahlen an große Worte und kostspielige Taten.

Z. B. könnte die Erweiterung der Kreuzschule um den geplanten Realschulzweig, geschätzte Kosten ca. € 1,2 Mill. bis € 1,3 Mill. mit diesen Mitteln zu einem erheblichen Teil finanziert sein! Eine sinnvolle Maßnahme für die gesamte Gemeinde und unsere Kinder.

## Milchbauern und Mindestlohn

Der Lieferboykott der Milchbauern hat in den vergangenen Wochen den Landwirten viel Sympathie eingebracht. Ein Preis von 43 Cent pro Liter Milch ist sicherlich angemessen und wird von vielen Politikern, besonders auch aus der Union unterstützt. Es ist richtig und gut, wenn ein wertvolles Grundnahrungsmittel in ausreichender Menge und mit hoher Qualität zur Verfügung steht.

Für die Milchbauern ist der Preis von € 0,43/l ein „Mindestlohn“ und niemand nimmt Anstoß! Warum fällt es den Politikern der Union dann so schwer, einen Mindestlohn bei anderen Berufsgruppen zu akzeptieren?

[www.faire-milch.ch](http://www.faire-milch.ch)

**BAUERN  
brauchen einen  
FAIREN**



**MILCHPREIS**

In NRW wurde jetzt bekannt, dass in einigen Fällen Friseure nur für die Zeit bezahlt werden, die gearbeitet wird. Der Leerlauf im Salon geht zu Lasten der Mitarbeiter und heißt Anwesenheit ohne Bezahlung!

Wir brauchen Solidarität für unsere Landwirte und für andere benachteiligte Gruppen, eine Reduzierung auf nur eine Klientel greift zu kurz und ist unsozial.

## Schöne Ferien!

**Die SPD Heek-Nienborg  
wünscht allen Leser/innen  
schöne und erholsame  
Sommerferien!**

## Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab eins

**Der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab eins ist unsere Idee**  
Mit dem Kinderförderungsgesetz wird der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Geburtstag festgeschrieben. Damit wird dem Ansatz der Sozialdemokraten, vor allem die Infrastruktur für Familien zu verbessern, Rechnung getragen. Die damalige Familienministerin Renate Schmidt hatte bereits 2005 damit begonnen, das Betreuungsangebot durch das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) für Kinder unter drei Jahren deutlich auszubauen. Zu Beginn des vergangenen Jahres sind wir noch einen Schritt weitergegangen. Zentrales Ergebnis der Arbeit der gemeinsamen Arbeitsgruppe „Neue Akzente in der Familienpolitik“ aus SPD-Bundestagsfraktion und Parteivorstand war: Nur ein Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab einem Jahr kann Eltern einen Betreuungsplatz garantieren und durch eine möglichst frühe Förderung der Kleinsten wird mehr Chancengleichheit für alle Kinder gewährleistet.

### SPD-Bundestagsfraktion hat sich durchgesetzt

Gegen den Widerstand der Union und von Ministerin von der Leyen, die den Rechtsanspruch als Drohgebärde ansah, haben wir ihn für die Familien in unserem Land durchgesetzt. Der vorliegende Gesetzentwurf, der nun nach zähen Verhandlungen dem Bundestag vorgelegt wurde, trägt deutlich unsere Handschrift.

### Rechtsanspruch ist gut für Eltern

Mit dem Rechtsanspruch soll sichergestellt werden, dass ein Betreuungsangebot für 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren zur Verfügung steht. So soll bis 2013 die Anzahl der Kita-Plätze auf 750.000 erhöht werden. Wartelisten sind dann Geschichte. Dadurch können sich Väter und Mütter darauf verlassen, dass sie nach dem Auslaufen der Elterngeldzahlungen einen Betreuungsplatz für ihren Nachwuchs finden und Beruf und Familie miteinander ver-



Ingrid Arndt-Brauer, MdB

einbaren können. Damit wird vor allem alleinerziehenden Elternteilen geholfen, die bislang wegen der Kinderbetreuung oft keine Arbeit aufnehmen konnten. Übrigens stellt der Rechtsanspruch sicher, dass Länder und Kommunen tatsächlich in den Ausbau von Kitas und Krippen investieren, denn sonst stehen sie bei Inkrafttreten am 1. August 2013 mit leeren Händen da.

### Finanzbeteiligung des Bundes: kräftig und dauerhaft

Die SPD-Bundestagsfraktion und Finanzminister Steinbrück haben gemeinsam durchgesetzt, dass sich der Bund nicht nur an Investitionen in neue Kitas beteiligt, sondern auch dauerhaft an den Betriebskosten. Dies hatte die Union zunächst vehement abgelehnt. Doch nur mit einer Beteiligung an den Betriebskosten, die den Löwenanteil an den Kosten für Kinderbetreuung ausmachen, ist Ländern und Kommunen geholfen. Für den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote stellt der Bund bis 2013 insgesamt 4 Milliarden Euro zur Verfügung. Bund und Länder haben sich darauf geeinigt, dass in den Jahren 2008 bis 2013 2,15 Milliarden für Investitionen verwendet werden. Von 2009 bis 2013 beteiligt sich der Bund mit insgesamt 1,85 Milliarden Euro, aufwachsend über einen Festbetrag bei der Umsatzsteuerbeteiligung zugunsten der Länder, an den zusätzlich entstehenden Betriebsausgaben. Und auch nach 2013 lässt der Bund die Kommunen nicht im Regen stehen. Jahr für Jahr werden ihnen zur Unterstützung der Finanzierung der Betriebskosten 770 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

### Betreuungsgeld erfolgreich zurückgewiesen

Die Idee der CSU und auch von Teilen der CDU, ein Betreuungsgeld für Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen, einzuführen, ist mit der SPD-Bundestagsfraktion nicht zu machen. Deshalb ist es nicht Bestandteil dieses Gesetzes. Das Betreuungsgeld ist kontraproduktiv, denn gerade benachteiligte Familien nehmen ihre Kinder aus der Kita und dies verschlechtert eine frühe Bildung - das zeigt das Beispiel Thüringen. Und somit wird die Chancengleichheit, die die SPD-Bundestagsfraktion für alle Kinder erreichen will, ausgebremst. Solange wir regieren wird es ein Betreuungsgeld deshalb nicht geben.

## Gesine Schwan Kandidatin der SPD

Präsidium und Parteivorstand der SPD haben einstimmig Gesine Schwan als Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten nominiert. Die Hochschulprofessorin aus Frankfurt (Oder) wird damit am 23. Mai 2009 gegen Amtsinhaber Horst Köhler in der Bundesversammlung antreten.



Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck, der die Kandidatin der Presse vorstellte, versicherte, die SPD führe keinen Wahlkampf gegen den amtierenden Präsidenten. Die Sozialdemokratie habe Köhlers Entscheidung, 2009 wieder zu kandidieren, mit Respekt zur Kenntnis genommen. Diesen Respekt werde die SPD bis zum Wahltag im Jahr 2009 bewahren.

Der SPD-Vorsitzende hob hervor, in einer demokratischen Gesellschaft sei eine Gegenkandidatur als Chance zu begreifen, über unterschiedliche Sichten zu sprechen. Dies werde in einer „freundlich-offenen und gegen niemanden gerichteten Art und Weise“ geschehen. Für eine solche Diskussion sei Gesine Schwan die richtige Kandidatin.

Beck wies Vorwürfe zurück, die SPD wolle mit der Nominierung Schwans ein mögliches rot-rotes Bündnis im Bund vorbereiten. In der Bundesversammlung gebe es keine Koalition, sondern nur Wahlfrauen und Wahlmänner. Es gebe „in keinsten Weise“ irgendwelche koalitionsären Vorbestimmungen, „weder heimlich noch laut, also überhaupt nicht“.

Gesine Schwan zeigte sich erfreut über die „klare Unterstützung“ der SPD und machte zugleich deutlich, wofür sie als Bundespräsidentin stehe: „Der Bundespräsident oder die Bundespräsidentin kann dabei helfen, Politik für die Menschen nachvollziehbar und transparent zu machen.“ Bereits 2004 hatte sie neben Köhler zur Wahl gestanden und war knapp unterlegen.

## Liebe Bürgerinnen und Bürger in Heek und Nienborg,

nun stehen endlich die von vielen so lang ersehnten Sommerferien vor der Tür.

Für viele Schüler, allen voran Abiturienten und 10.-Klässler mit zentralen Abschlussprüfungen, und auch für viele Lehrer und Eltern hat das Wort "Sommerferien" in diesem Jahr eine besondere Bedeutung. Für sie heißt es Ferien vor den kreativen Ideen der Schulministerin Sommer, also Ferien von Frau Sommer.

So mussten die Abiturienten in diesem Jahr besonders unter dem Zentral-Abitur leiden. Das „Oktaeder des Grauens“ ist inzwischen nicht nur für die Abiturienten mit Mathe als Prüfungsfach zum geflügelten Wort geworden. So mussten 1900 Abiturienten nach den Abifeten ihre Mathematik-Klausur wiederholen. Den Lehrern blieb gerade einmal 2 Tage Zeit, um die neuen Klausuren zu korrigieren. Unverhältnismäßig viele Schüler mussten zudem in mündlichen Nachprüfungen schwitzen. Aber auch in den anderen Fächern kam es zu Problemen. In Biologie-Leistungskursen mussten die Abiturienten 18 Seiten Vorab-Informationen durcharbeiten, bevor sie überhaupt mit der eigentlichen Abitur-Klausur anfangen konnten.

In den zentralen Abschlussprüfungen der Klassen 10 wurden im Fach Deutsch die Aufgaben für die Realschulen und die Gymnasien verwechselt.

Die Leittragenden sind dabei auf jeden Fall die Schüler!

Auch über die so genannten Kopfnoten, die in diesem Jahr erstmals auf den Abschlusszeugnissen erscheinen, lässt sich trefflich streiten. 10.000 Unterschriften hat die Landesschülervertretung inzwischen gegen eben diese Kopfnoten gesammelt und dem Vizepräsidenten des Landtags überreicht.

Ob man nun Befürworter oder Gegner dieser Noten ist: Fest steht, dass die Lehrer keine klaren Vorgaben zur Benotung bekommen haben und z. B. schüchterne Schüler in einem großen Spektrum von sehr gut (hat nie Streit mit Mitschülern) bis mangelhaft (nicht konfliktfähig) benoten können. Die erteilten Kopfnoten werden die jungen Menschen aber ihr Leben lang begleiten. Schließlich fügt man sein Abschlusszeugnis bei jeder Bewerbung und bei jedem Jobwechsel bei.



Tragisch ist dabei auch, dass sich die regierungstragenden Parteien CDU und FDP selber gar nicht mehr einig über diese Kopfnoten sind, so dass es vermutlich nur einen einzigen Jahrgang von Schülern geben wird, der sich mit Kopfnoten auf dem Zeugnis bewerben muss. Die Ministerin Sommer hat in einem Radio-Interview angemerkt, das man nun erst einmal ausprobieren müsste, wie Personalchefs auf die Kopfnoten reagieren. Notfalls müsste man sie dann später halt wieder abschaffen. Hier werden junge Menschen als Versuchspersonen **missbraucht!**

Das können wir so nicht hinnehmen!

Liebe Bürgerinnen und Bürger in Heek und Nienborg, ich hoffe nun, dass die in Heek geplante Verbundschule als Hauptschule mit Realschulzweig nicht dem politischen Kalkül des Sommer-Ministeriums zum Opfer fällt, sondern dass hier die Vernunft vor wahltaktischen Überlegungen gewinnt. Mich haben Sie auf jeden Fall auf Ihrer Seite, wenn es um die Einrichtung der Verbundschule in Ihrer Gemeinde geht.

Darüber hinaus kümmere ich mich selbstverständlich auch um weitere Anliegen der Landespolitik. Wenn Sie ein solches Anliegen haben, können Sie sich gerne auch direkt an mich wenden. Sie erreichen mich unter [stefanie.wiegand@landtag.nrw.de](mailto:stefanie.wiegand@landtag.nrw.de).

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie einen schönen und erholsamen Sommer und allen Schülern wünsche ich tolle Ferien!

Mit herzlichen Grüßen

Ihre Stefanie Wiegand MdL

## Chancen auf die Zukunft

### Gemeinsames kommunales Bildungskonzept

Nur 20,7% der Schulabgänger erreichen im Kreis Borken Hochschulreife und damit die Chance auf höhere Abschlüsse und vielfältige Berufsoptionen - gegenüber 30% in ganz NRW. So lautet ein Ergebnis der vom Kreis in Auftrag gegebenen Bildungsstudie.

Mit diesem letzten Platz im Vergleich der Bildungsabschlüsse stellt Borken für die Zukunft der Jugendlichen die falschen Weichen. Ursula Schulte als Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion sieht in einem chancengleichen und herausfordernden Bildungsangebot einen wichtigen Schlüssel für die Entwicklung der Region: „Zusammen mit den Städten und Gemeinden muss der Kreis Borken an dieser Situation etwas ändern. Angesichts des schon heute erkennbaren Mangels an Fachkräften und qualifiziertem Nachwuchs ein nachhaltiges Problem für eine Region wie Borken, die damit auch ihre eigene Entwicklungsfähigkeit in Frage stellt. Und für die Jugendlichen bedeutet das fehlende Berufsperspektiven, weil ihnen schon frühzeitig der Weg in eine mehr und mehr auf Wissen ausgerichtete Gesellschaft verbaut wird.“

Bildungsabschlüsse sind immer auch soziale Chancen: Sie bieten Zugang zu unterschiedlichen Berufen, Arbeitsplätzen und natürlich auch Einkommen. Viele Eltern und Kinder im Kreis bevorzugen deshalb die Bildungsangebote des Gymnasiums. Die Entscheidung über die (Bildungs-) Zukunft endet aber mitunter an dem nicht ausreichenden Angebot für weiterführende Schulen und alternativen Möglichkeiten, qualitativ höhere Bildungsabschlüsse auch über unterschiedliche Bildungswege zu erreichen.

Eine große Anzahl Jugendlicher erreicht so Haupt- und Realschulabschlüsse und konkurriert dann nachfolgend um den gleichen Ausbildungsplatz.

Betriebe des Handwerks und der Wirtschaft, die ihren Nachwuchs z. T. aus den Hauptschulen rekrutieren, haben als Folge der aktuellen Bildungspolitik zudem wachsende Probleme, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen.

## Hülsta schließt Werk Heek

Die Schließung des Werkes Heek der Firma Hülsta ist seit mehreren Monaten beschlossen. Heek verliert seinen größten Arbeitgeber und viele Mitarbeiter einen sicher geglaubten Arbeitsplatz.

Bereits in den 80iger Jahren hatte der Rat der Gemeinde Heek die Weichen für eine Erweiterung des Werkes Hülsta gestellt und die erforderlichen Flächen dem Unternehmen bereit gestellt. Leider ohne Erfolg, wie wir jetzt zur Kenntnis nehmen müssen.

Die SPD hatte sich am 5. April 2008 mit dem Thema befasst und zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Den betroffenen Mitarbeitern standen der IG Metall Bevollmächtigte Heinz Cholewa und der Vorsitzende des Betriebsrates Heek der Firma Hülsta Günter Venker Rede und Antwort.

Auch wenn eine Beschäftigungsgesellschaft für 12 Monate den Arbeitsplatzverlust abfedert, sind die langfristigen Aussichten der Hülsta-Mitarbeiter unbefriedigend. Lange Fahrten

zum Arbeitsplatz, so denn vorhanden, und ein deutlich reduzierter Lohn müssen verkraftet werden. Sicherlich besser als arbeitslos, aber dieses Schicksal kann auch noch einigen Beschäftigten in naher Zukunft drohen.

Wir wünschen uns, das es in Heek weiter geht mit der Immobilie Hülsta und das aus dem bebauten Grundstück keine Industriebrache wird. Konkrete Pläne sind bisher nicht bekannt, bleibt zu hoffen, dass eine sinnvolle Nutzung bald gefunden wird.



## Kreuzschule Heek mit Realschulzweig?

Nachdem noch in der letzten Legislaturperiode unter rot-grüner Regierung die Voraussetzungen für Verbundschulen geschaffen wurden, könnte es nun dazu kommen, dass Heek als fünfte NRW-Gemeinde eine Verbundschule mit vollwertigem Realschulzweig erhält.

Die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung hat ergeben, dass 40 % aller Grundschüler aus Heek und Nienborg zu den Realschulen in den Nachbargemeinden wechseln. Diese Kinder könnten zukünftig in Heek die Realschule nutzen, wenn diese ab dem Schuljahr 2009/2010 eingerichtet wird.

Die Realschulen in den Nachbargemeinden sind nicht in ihrem Bestand gefährdet, wie die durchgeführte Schulentwicklungsplanung zeigt. Dass vor allem aus der Stadt Ahaus wenig Begeisterung für dieses Vorhaben zu vernehmen ist, ist verständlich. Es geht hier jedoch um unsere Schüler vor Ort, denen wir zukünftig weite Schulwege ersparen wollen. Diese Schüler können dann in gewohnter

heimischer Umgebung mit bekannten Mitschülern ihren Schulwerdegang in Heek fortsetzen.

Die Stimmung auf der durchgeführten Informationsveranstaltung ließ großes Interesse erkennen. Die Heeker Sozialdemokraten haben bereits im Strategiepapier zur letzten Kommunalwahl die Einrichtung einer Realschule in Heek als Ziel formuliert. (nachzulesen im Internet unter [www.spd-heek-nienborg.de/Strategie2010](http://www.spd-heek-nienborg.de/Strategie2010) unter Stichwort "Stärkung des Bildungswesens").

**Wir stehen voll hinter dem Vorhaben und wünschen uns für unsere Gemeinde, dass unser lang gehegter Wunsch in Erfüllung geht und die Genehmigung zur Errichtung einer Verbundschule erteilt wird.**

**Mach mit in der SPD  
Heek-Nienborg...  
Sprechen Sie uns an!  
[www.spd-heek-nienborg.de](http://www.spd-heek-nienborg.de)**

## SPD fördert Familien mit behinderten Kindern

Auch Leute, die keine Kinder haben, wissen: Kinder kosten Zeit und Geld, machen aber auch viel Freude. Behinderte Kinder kosten mehr Zeit und mehr Geld, aber die intensive Pflege schafft auch eine besondere Beziehung zwischen Eltern und Kindern.

Eltern mit einem behinderten Kind haben an die SPD den Wunsch herangetragen, für Ferienmaßnahmen eine finanzielle Unterstützung von der Gemeinde zu erhalten. Nicht nur im Alltag, sondern auch bei Ferienmaßnahmen fallen erhöhte Kosten an. Ferienmaßnahmen für Kinder und Jugendliche der Vereine werden von der Gemeinde Heek seit vielen Jahren gefördert. Natürlich nehmen auch behinderte Kinder daran teil. Auch Ferienmaßnahmen vom Schwester-Gondoleva-Haus werden bezuschusst. Es gibt aber noch immer Familien, in denen die Eltern die Last allein tragen.

Auf Antrag der SPD - Fraktion haben der Ausschuss für Schule, Familie und Soziales und der Rat in der Sitzung am 19.05.2008 beschlossen, „für **Freizeitmaßnahmen von Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahren mit einem Grad der Behinderung von mind. 50% einen Förderbetrag von 7,50 € pro Kind und Tag**“ zu gewähren.

## »ortsgespräch«

**Herausgeber:** ViSdP SPD Heek-Nienborg  
Reinhard Brunsch  
Neustraße 9

**Redaktion:** Dorothea Brunsch  
Hermann Kösters  
Hermann-Josef Schepers  
Ingrid Arndt-Brauer, MdB  
Stefanie Wiegand, MdL  
Ursula Schulte, Fraktionsvors.  
Kreistag Borken

**Fotos:** Manfred Kuiper  
Wilhelm Franzbach